

Stellungnahme zum Entwurf des neuen Lehrerdienstrechts Kollegium des Gymnasiums der Diözese Eisenstadt / Mag. Siegmund Kleinl

Ist ein Recht, Dienstrecht genannt, auf Lüge, Verschleierung von Fakten und Kompromittierungen der betroffenen Berufsgruppe aufgebaut, kann es kein Recht mehr sein, ist es schlechthin Unrecht.

Das Unrecht dieses vorgesehenen Dienstrechts ist in vielen Punkten nachzuweisen.

Einen möchte ich als betroffener Deutschlehrer eines Gymnasiums hervorheben.

Wenn ein Deutschprofessor genauso viele Stunden zu halten hat wie etwa ein Geographieprofessor, nämlich 24 pro Woche, dann arbeitet er bei angenommen drei Deutsch-Klassen zu je 25 SchülerInnen pro Klasse in einem Schuljahr um etwa 250-300 Stunden mehr als sein Kollege oder seine Kollegin.

Diese Berechnung geht von der Annahme aus, dass die SchülerInnen pro Schuljahr und Klasse vier Schularbeiten und zehn Aufsätze als Hausübung zu verfassen haben, die neben den Schularbeiten zu verbessern sind. Nicht gerechnet sind dabei anderwertige Hausübungen bzw. Schulübungen und Diktate, die ebenfalls zu korrigieren sind. Die hier angenommene Arbeitszeit für Korrekturen ist also relativ niedrig angesetzt. Rechnet man die 250-300 Stunden zusätzlicher, unbezahlter Arbeitszeit auf Arbeitstage zu acht Stunden pro Tag um, wären das im Schuljahr mindestens 30-40 Tage unbezahlte Mehrarbeitszeit für einen Deutschlehrer im Vergleich zu einem Lehrer eines Nichtschularbeitsfaches. Wer arbeitet in Österreich ohne Lohn oder Zeitausgleich etwa 40 Tage, das sind 8 Arbeitswochen, mehr als andere Kollegen im selben Beruf?

Arbeit ohne Lohn: Haben wir das nicht in Gestalt von berüchtigten Arbeitslagern schon gehabt? Ein Gefängnisinsasse, so habe ich gehört, erhält vier Euro für eine freiwillig geleistete Arbeitsstunde.

Nach dem neuen Lehrer-Dienstrecht wären viele Arbeitsstunden nicht nur für Lehrer der Schularbeitsfächer ohne Bezahlung zu leisten.

Lüge im Blick auf die mit dem neuen Dienstrecht verbundene Bildungsreform ist, dass diese Reform ein höheres Bildungsniveau als Ziel hat. Die Wahrheit ist vielmehr, dass es um Sparmaßnahmen auf Kosten der Lehrer geht, die natürlich auch unübersehbare Nachteile für die SchülerInnen mit sich bringen. Wollte man tatsächlich das Bildungsniveau heben, müssten die besten Köpfe, die wir haben, in die Schulen und Bildungsinstitutionen. Unter den Bedingungen des geplanten neuen Lehrerdienstrechts wird sich kaum ein kluger Kopf für den Lehrberuf entscheiden.

Der größte Skandal in der seit Jahren tobenden Schuldebatte ist aber, dass von geistig unterbemittelten Zeitungsschreibern und Blödzeitungen der Berufsstand des Lehrers in geradezu faschistoider Manier desavouiert, ja diskriminiert wird. Und das, wie bekannt ist, mit finanzieller Unterstützung des Unterrichtsministeriums in Form von Anzeigen für diverse Blätter. Eine derartige mediale Diskriminierung einer Berufsgruppe in Österreich ist mir seit dem letzten halben Jahrhundert nicht bekannt.

Lehren und Lernen basiert auf gegenseitigem Respekt von Lehrern und Schülern. Ich kann von mir und vielen meiner KollegInnen nur sagen, dass wir unsere SchülerInnen respektieren. Fehlt es aber seitens der SchülerInnen an Respekt, weil sie über die Medien und durch abschätzige Äußerungen von Leuten, die im öffentlichen Fokus stehen, aber völlig ahnungslos sind, ein negatives Bild von den Lehrenden vermittelt bekommen, wird Lehren und Lernen als Bildungsprozess erschwert, ja verunmöglicht.

Was da mit dem neuen Lehrerdienstrecht geplant ist, führt unweigerlich in eine die gesamte Gesellschaft betreffende Katastrophe, würde es realisiert. Um sie zu verhindern müsste man, statt Geld aus dem Bildungsbereich abzuziehen, viel mehr Geld in die Bildung investieren, damit unsere Kinder und wir alle Zukunft haben.